

wobei die Umfrage allerdings zu einer Zeit stattfand, als pointierte Äußerungen von Bischof *Muskens* von Breda zum wachsenden Armutsproblem in den Niederlanden eine heftige öffentliche Diskussion auslösten.

„God in Nederland. 1966–1996“ stellt abschließend Überlegungen zu Verhältnis von Staat und Kirche wie zum Handeln der Kirchen an. Die Autoren fragen zum einen, ob im Licht der Bedeutung, die nach den Ergebnissen der neuen Umfrage viele Menschen der Kirche in der Gesellschaft und für sie zuerkennen, die in den Niederlanden in den letzten Jahren konsequent durchgeführte *Trennung von Staat und Kirche* nicht neu überdacht werden müsse, etwa im Blick auf staatliche finanzielle Unterstützung für soziale Aktivitäten in kirchlicher Trägerschaft. Zum anderen verweisen sie auf die Schwierigkeiten, die sich für die Kirchen aus den unterschiedlichen Erwartungen ergeben, mit denen sie in der Gesellschaft insgesamt und bei ihren Kernmitgliedern konfrontiert werden: „Die orthodoxen, stark mit der Kirche

verbundenen Mitglieder erwarten von den Kirchen die Anwendung der traditionellen Glaubenslehre und Moral. Der viel schwächer mit den Kirchen verbundene Teil der Bevölkerung erwartet dagegen, daß die Kirchen die Entwicklungen in der gesellschaftlichen Moral mitvollziehen“ (S. 123).

Erste Reaktionen niederländischer Kirchenvertreter auf die Untersuchung ließen durchweg gemischte Gefühle erkennen: Man registrierte positiv das große Vertrauen, das die Kirchen in der Gesellschaft genießen, äußerte aber gleichzeitig Sorge darüber, daß die Kirchen mit ihrer Botschaft von Jesus Christus nur Minderheiten erreichen und sich in der Breite kaum verständlich machen können. Kardinal *Adrian Simonis*, Erzbischof von Utrecht und Vorsitzender der Niederländischen Bischofskonferenz, sagte bei einem Symposium am 8. November 1997: „Natürlich steht die Kirche für soziale Gerechtigkeit und muß sich dazu äußern. Aber es ist ihr primärer Auftrag, das Evangelium zu verkünden.“ U. R.

mie bisher verfeindeter Gruppen zur wesentlichen Grundlage hat.“

Strukturelle Grundprobleme lassen eine befriedigende Lösung im ehemaligen Jugoslawien und besonders in Bosnien-Herzegowina in weite Ferne rücken: So habe der Frieden von Dayton – weder ein „Siegfrieden“ noch ein „Erschöpfungsfrieden“, sondern ein „oktrozierter“ Frieden mit detaillierten Ausführungsbestimmungen bis hin zu einer Verfassung für Bosnien-Herzegowina – auch mit denen gestiftet werden müssen, die die politische Verantwortung für Krieg, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen tragen; nun gelte es, diesen Vertrag gegen die „Obstruktionsversuche der früheren Kriegstreiber“ durchzusetzen.

Strukturelle Probleme des Friedens von Dayton

Deshalb weist die Projektgruppe besonders eindringlich auf die Notwendigkeit eines „Elitenwechsels“ als Voraussetzung für einen stabilen Frieden im früheren Jugoslawien hin: Die Übernahme der politischen Verantwortung durch kompromißbereite, „möglichst nicht von unmittelbarer Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit belastete“ Eliten sei von größter Bedeutung für die innere Konsolidierung.

Nur diese könnten überhaupt eine Staatskonstruktion tragen, wie sie das Dayton-Abkommen vorsieht: Eine Staatskonstruktion, die einerseits die vom Krieg geschaffene Realität, also die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas nach ethnischen Kriterien akzeptiert, andererseits programmatisch an der Unteilbarkeit des Staates und der völligen Freizügigkeit für seine Bewohner festhält. Vor diesem Hintergrund bleibt für die Autoren der bisherige Umgang mit den *Kriegsverbrechern* als einem Kompromiß zwischen der prinzipiellen Ahndung der Verbrechen und der realpolitischen Notwendigkeit, mit denjenigen, die politisch für den Krieg

Justitia et Pax: Lehren aus dem Jugoslawienkonflikt

Für die weitere Friedenskonsolidierung in Bosnien-Herzegowina hat die deutsche Kommission Justitia et Pax in einem Ende 1997 veröffentlichten Arbeitspapier Perspektiven und Empfehlungen vorgelegt. Sie sind Schlußfolgerungen einer Analyse der verschiedenen Phasen des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien.

Zwei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton zog die Vollversammlung des Friedensimplementierungsrates für Bosnien-Herzegowina Mitte Dezember in Bonn Bilanz über die bisherige Entwicklung, Fortschritte und Hindernisse beim Wiederaufbau des Landes. Als Maßstab solcher Bilanzen sollte gelten, „inwieweit ein Prozeß der friedlichen Koexistenz in Gang gesetzt wurde“, betont die Projektgruppe „Gerechter

Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax in einem 70seitigen Arbeitspapier „Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien“. Zugleich stellt sie jedoch aber auch mit Bedauern fest, daß der Konsolidierungsprozeß in Bosnien-Herzegowina „derzeit – offensichtlich in Ermangelung praktikabler Alternativen – von der Realität der Trennung und nicht der Integration ausgeht und die Segmentierung und weitgehende Autono-

Mitverantwortung tragen, einen Frieden abzuschließen, in hohem Maß unbefriedigend.

In dem Arbeitspapier legt die Projektgruppe eine mehrschichtige Analyse und Erfahrungsbilanz des Konfliktverlaufes im ehemaligen Jugoslawien vor. Die Fragerichtung ist dabei eine doppelte: Zum einen werden die genutzten wie die versäumten Chancen der Prävention oder zumindest zeitgerechten Krisenintervention aufgezeigt und Gründe für deren Erfolg und Scheitern angeführt. Zugleich geht es den Friedensforschern auch um Perspektiven für den Prozeß „der Konsolidierung eines noch prekären Nichtkriegszustands, den es in einen wenigstens näherungsweise gerechten Frieden weiterzuentwickeln gilt“. Die aus dieser Analyse erarbeiteten grundsätzlichen Schlußfolgerungen und Empfehlungen wurden auch mit Blick auf andere, vergleichbare Konfliktkonstellationen formuliert.

Vier Phasen der Auseinandersetzung unterschied die von dem Hamburger Sozial- und Friedensethiker *Thomas Hoppe* geleitete Projektgruppe dabei: Zunächst die Phase der Intensivierung des Konfliktes, die spätestens mit dem Tod Titos zu Beginn der achtziger Jahre gegebene Situation der Instabilität und latenter Nationalitätenkonflikte, die jedoch von den politischen Verantwortlichen in den europäischen Hauptstädten erheblich unterschätzt und wegen der besonderen Stellung Jugoslawiens im Ost-West-Konflikt kaum wahrgenommen worden sei.

Ihr folgte die Phase drohender gewaltvoller Eskalation Ende der 80er Jahre, in der man in Europa und den USA befürchtete, es könne zum Krieg in Jugoslawien kommen, aber auf die Einsicht der dortigen Akteure hoffte, die Einheit des Landes im Interesse des Friedens erhalten zu wollen. Dabei sei von den westeuropäischen Regierungen vor allem die Entschlossenheit der serbischen Führungsgruppen unterschätzt worden.

Als dritte Phase gilt die des Krisenmanagements und der Konfliktvermittlung nach Beginn des Krieges, als es trotz der zahllosen Vermittlungsversuche, des

Wirtschaftsembargos gegen Serbien-Montenegro und die bosnisch-serbische Republik, und nicht zuletzt der Stationierung des bislang größten Blauhelmkontingentes in der Geschichte der Vereinten Nationen nicht gelang, wenigstens einen Waffenstillstand zu erreichen. Erst durch das Eingreifen der USA und der NATO erreichte man ein militärisches Gleichgewicht, das die serbische Seite vor die Wahl einer Niederlage oder eines Friedens zu den Bedingungen von Dayton stellte. Schließlich die Phase der Friedenskonsolidierung nach Unterzeichnung des Dayton-Abkommens im Dezember 1995.

Für jede dieser Phasen werden die Rolle, die Verantwortung für die Eskalation des Konfliktes, die genutzten oder versäumten Möglichkeiten zur Prävention, Intervention oder Konfliktbearbeitung von ebenfalls vier Akteursgruppen untersucht und beschrieben: Politische Institutionen und Organisationen, institutionell verfaßte Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen (die zunehmend an politischer Bedeutung gewinnenden sogenannten Nichtregierungsorganisationen), die Medien vor Ort ebenso wie die internationalen.

Der Glaubwürdigkeitsverlust internationaler Organisationen

Auch wenn im Falle Jugoslawiens die Möglichkeiten für eine rechtzeitige präventive Einmischung seitens der internationalen Staatengemeinschaft unter den Rahmenbedingungen der Ost-West-Konfrontation eng begrenzt schienen, bezweifelt die Projektgruppe in ihrer Analyse der ersten Phase, ob unter günstigeren Vorzeichen mit einem anderen Ergebnis zu rechnen gewesen wäre. In bezug auf Strukturen und Entscheidungsmechanismen im Bereich des Krisenmanagements sehen die Friedensforscher daher erheblichen Handlungsbedarf, auf der internationalen Ebene ebenso wie auf der nationalstaatlichen.

Daß es den Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft nicht ge-

lungen sei, „einen fundamentalen Konsens darüber herzustellen, daß jegliche Gewaltpolitik als schwerwiegende Bedrohung des regionalen Friedens zu werten und mit allen geeigneten und wirksamen Mitteln zu verhindern bzw. zu beenden wäre“, habe sich als entscheidendes Hindernis für eine glaubwürdige, ernstzunehmende Politik der Krisenintervention erwiesen. Dazu unterstreicht *Justitia et Pax* die Notwendigkeit einer grundsätzlichen, politisch-ethischen Neuverständigung über den Begriff des „vitalen nationalen Interesses“ und mahnen einen Perspektivenwechsel im Denken und Verantwortungsbewußtsein der Staatengemeinschaft an: Wo immer sich die Androhung oder Anwendung von Gewalt ereigne, sollte sie als ein Sachverhalt angesehen werden, der das Wohl aller Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft unmittelbar oder zentral betreffe.

Bei der Beurteilung des Konzepts des Krisenmanagements und der Konfliktvermittlung von EU und UN in der dritten Phase des Konfliktes wird zu Differenzierung gemahnt: Zwar habe der Krieg nicht beendet werden können, da die unmittelbaren Risiken der Staatengemeinschaft gering gehalten werden sollten. Auf humanitärem Gebiet jedoch sei das Engagement von UN und EU, beispielsweise die Evakuierung von Flüchtlingen, der gelegentliche Gefangenen austausch oder auch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in größeren Städten, kein Fehlschlag gewesen.

Insgesamt habe sich im Fall des früheren Jugoslawien, in dem der Konflikt asymmetrisch konstruiert war, das durch die USA vertretene, auf Unparteilichkeit zugunsten des Schwächeren verzichtende „interventionistische Vermittlungskonzept“ als wirkungsvoller erwiesen. Der im früheren Jugoslawien erlittenen Glaubwürdigkeitsverlust von UN, KSZE/OSZE und EG/EU, der zuerst zwar ein Ergebnis der Politik der Mitgliedstaaten gewesen sei, aber auch eine Konsequenz der Entscheidungsprozeduren dieser Institutionen, stelle für die Zukunft eine enorme Herausforderung dar.

Unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren fordert die Projektgruppe besonders die *Religionsgemeinschaften* auf, im Prozeß der Friedenskonsolidierung alles zu tun, was einen umfassenden Wandel der Mentalitäten und Einstellungsmuster herbeiführen könne. Dazu sollen sie sich etwa um friedensstiftende Dialoge zwischen den antagonistischen Gruppierungen bemühen, konkrete Versöhnungsarbeit leisten, nationalistische Einstellungen relativieren und problematisieren.

Dabei hatte die Analyse des Verhaltens der Glaubensgemeinschaften gerade vielfaches Versagen in dieser fundamentalen Aufgabe gezeigt. Bis zu Beginn der Eskalationsphase hätten die Glaubensgemeinschaften kaum

reagiert. Zum einen seien von der Auflösung Jugoslawiens Amtsträger und Gläubige gleichermaßen überrascht gewesen; im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der katholischen und orthodoxen Kirche habe die Wiedergewinnung ihrer Gläubigen gestanden. Allerdings hätten manche Amtsträger auch, wie wissentlich auch immer, zur Steigerung von Spannungen dadurch beigetragen, daß sie sich ausdrücklich als Wahrer kroatischer bzw. serbischer Tradition und Geschichte verstanden.

In jedem Fall hätten es beide Kirchen in dieser Phase versäumt, zur Aussöhnung zwischen den verschiedenen Volksgruppen beizutragen. Für die Phase drohender Eskalation beschreibt die Projektgruppe, um Diffe-

renzung auch innerhalb der Kirchen bemüht, ein höchst ambivalentes Verhalten der beiden christlichen Glaubensgemeinschaften: Auf der einen Seite hätten sie Grausamkeiten entschieden verurteilt, nationalistische Ansprüche andererseits jedoch nicht ebenso entschieden zurückgewiesen.

Bezüglich des Krisenmanagements, der Konfliktbearbeitung und der Interventionsmöglichkeiten seien auch die Kirchen und die muslimischen Gemeinden dem Geschehen weitgehend hilflos gegenüber gestanden. Dennoch kommt *Justitia et Pax* zu dem Schluß: Es sei bereits viel erreicht, „wenn die Glaubensgemeinschaften sich nicht länger zu Wortführern nationalistischer Ansprüche machen“. A. F.

Zeichen der Zeit

Kirchliche Stellungnahmen zur Immunschwäche Aids

Unmittelbar vor dem Welt-Aids-Tag 1997 veröffentlichte die Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz eine Erklärung, betitelt „Immunschwäche Aids – Eine pastorale Aufgabe der Kirche“. Gemeinden, kirchliche Organisationen und Institute werden darin aufgefordert, sich im Umgang mit HIV-Infizierten oder -Erkrankten am Leitbild einer barmherzigen, solidarischen und dienenden Kirche zu orientieren.

Erneut mußten die Zahlen korrigiert werden, die Lage ist schlimmer als befürchtet: War UNAIDS, das Programm der Vereinten Nationen gegen Aids, in seinem Jahresbericht 1996 noch von weltweit 22,6 Millionen HIV-Infizierten ausgegangen, sprach man nun, anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember 1997, von mehr als 30 Millionen weltweit, wobei über 90 Prozent der Infizierten und schon Erkrankten in den unterentwickelten Ländern leben. Bis zur Jahrtausendwende muß mit 40 Millionen Infizierten gerechnet werden.

Die Ansteckungsraten sind, nach Auskunft von UNAIDS, bislang grob unterschätzt worden: Die höchsten Infektionsraten verzeichnet Schwarzafrika. In Südafrika etwa stieg die Zahl der Infizierten seit 1996 um mehr als ein Drittel, einer von zehn Erwachsenen lebt dort mit dem tödlichen Virus. In Asien sind, UNAIDS zufolge, zwar die Infektionsraten niedriger, die absoluten Zahlen jedoch deutlich höher als auf dem afrikanischen Kontinent. Mit zwischen drei und fünf Millionen Infizierten steht Indien dabei an der Spitze.

Positives zur Ausbreitung von HIV/Aids konnte dagegen die UN-Organisation für Nordamerika, Westeuropa, Australien

und Neuseeland berichten. Fortschritte in der Therapie – das Gros der Wissenschaftler setzt aktuell auf eine besonders für die Erkrankten in der Dritten Welt unerschwinglich teure Kombinationstherapie mit mehreren Medikamenten – hätten dazu geführt, daß HIV-Infizierte weniger schnell das „Vollbild-Aids“ entwickelten. Einen Impfstoff gegen die Immunschwäche-Krankheit gibt es jedoch immer noch nicht, wird es nach Einschätzung einer Mehrheit der Aidsforscher auch in Zukunft nicht geben.

Kein Grund zur Entwarnung

Trotz oder gerade wegen der Meldungen über solche positiven Trends sieht etwa die Deutsche-Aids-Hilfe keinen Grund zur Entwarnung: Medizinische Fortschritte in der Aids-Bekämpfung, ein deutlich verringertes Übertragungsrisko bei Schwangerschaften und die stagnierende Zahl der Neuinfektionen dürften nicht über die materiellen und sozialen Probleme der von Aids Betroffenen auch in Deutschland hinwegtäuschen. Das Berliner Robert-Koch-Institut geht da-